

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/165

31. August 1971

Berlin-Regelung nähert sich dem Abschluß

Gemeinsame Verantwortung für Koalition und
Opposition

Seite 1 / 42 Zeilen

Wertung durch den prüfenden Verstand

Ein Quervergleich zur Währungssituation in
Europa

Seite 2 / 47 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die sportpolitische Entwicklung Berlins

Seite 3 bis 5 / 152 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

- * * Bitte beachten Sie
- * * unsere Anschriftenänderung
- * * ab 1. September 1971:
- * * 53 Bonn 12
- * * Postfach 120 408
- * * Straßenbezeichnung bleibt.

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

(Telefon: 22 8037-38) (Telefax: 22 8037-38)

Chefredaktion: Dr. E. Eckard
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 8037-38
Telefax: 22 8037-38

Berlin-Regelung nähert sich dem Abschluß

Gemeinsame Verantwortung für Koalition und Opposition

Mit der nüchtern sachlichen Feststellung, daß die Bundesregierung in Berlin erreicht habe, was zu erreichen gewesen sei, hat der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Heinrich Köppler der Straußschen CSU-Dramatik von den "eingezogenen Fahnen in Berlin" den letzten Rest an Luft ausgelassen. Das Fahnen-Epos hatte schon mit der kühlen Ablehnung durch den CDU-Vorsitzenden Kurt Georg Kiesinger, daß dieses Strauß-Wort nicht sein Wort sei, den ersten harten Schlag bekommen. Köpplers Fazit war der Schlußpunkt unter die Feststellung einer staatspolitischen und staatsverantwortlichen Haltung der Opposition, die dem Ernst der Stunde und dem Gewicht der Entscheidung entspricht. Arabesken wie die à-tout-prix-Kritik des CDU-Außenpolitikers Er. Werner Marx ändern nichts am Gesamtbild, zumal seine Bindung an Strauß notorisch ist.

Die Bundesregierung vermag daher jetzt mit der Rückendeckung durch die Koalitionsparteien und auch durch die CDU die Schlußverhandlungen zur Ausfüllung des Rahmenabkommens in der Berlin-Regelung der Vier Mächte zügig zum guten Ende zu führen. Das Gesprächstempo, das die letzte Phase der Konferenzen der Botschafter bestimmte, wird für die Verhandlungen zwischen den Beauftragten Bonns, Westberlins und der DDR beibehalten. Unter förderndem Druck aus dem beteiligten und interessierten Ausland wird es offensichtlich möglich werden, die letzten, keineswegs geringen Schwierigkeiten in den den Deutschen überlassenen Absprachen rascher zu überwinden, als noch vor einigen Tagen zu erwarten gewesen war.

Diese Feststellungen bedeuten keine überflüssige Euphorie, der hier noch nie das Wort geredet worden ist, sondern das einfache Zurkenntnisnehmen von Fakten, die sich vor allen Augen abspielen. Dabei soll durchaus eingeräumt werden, daß man sich noch an Begriffsdefinitionen und bei Detailfragen aufhalten kann. Die Transformierung vom Verhandlungspapier in die Wirklichkeit des Alltags kann z.B. ebenfalls Schwierigkeiten mit sich bringen, zumal der Gewöhnungsfaktor eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Aber wir stehen, alles in allem genommen, vor einem Abschluß, der, um Heinrich Köpplers Fazit zu wiederholen, erreicht hat, was zu erreichen gewesen war: im Interesse Berlins und der Berliner, im Interesse der Normalisierung und der Entspannung zwischen den Völkern und Staaten, im Interesse des Friedens und eines nachbarschaftlichen Europas, das zueinander findet.

(ee/ee/31.8.1971/bgy)

+ + +

Wertung durch den prüfenden Verstand

Ein Quervergleich zur Währungssituation in Europa

Viele Millionen Bundesbürger haben auch in diesem Jahr wieder Ferienfreuden im Ausland genossen, mehr Deutsche als jemals zuvor. Manche mögen auch enttäuscht gewesen sein, aber gewiß nicht deshalb, weil ihre D-Mark an Wert verloren hätte. Man bekam im Vergleich zu Vorjahren in Landeswährung erheblich bessere Konditionen. Die DM bleibt eine der gesuchtesten Währungen der Welt.

Die Freude des Urlaubers litt freilich darunter, daß die Preise im Urlaubsland oft für viele Güter noch höher waren als die Wertsteigerung der DM im Verhältnis zur Landeswährung. So bekamen die Urlauber die Möglichkeit, Vergleiche zwischen der Preisentwicklung im Urlaubsland und in der Bundesrepublik anzustellen. Sie fielen zugunsten der Bundesrepublik aus. In der Skala der Geldverminderung und der Preisentwicklung nimmt die Bundesrepublik den mittleren Rang ein. Andere Staaten sind stärker betroffen, sie stehen näher der Spitze als der Mitte. Großbritannien hat eine Jahrespreissteigerung von zehn vH. aufzuweisen, und dies bei einer Arbeitslosigkeit von fast einer Million.

Dieser Unterschied in der Geldwertminderungsrate zwischen der Bundesrepublik und anderen vergleichbaren Industriestaaten ist eine unbestreitbare Tatsache. Doch mancher Unionspolitiker nimmt sie nicht zur Kenntnis, sie paßt nicht in sein Bild, weil er sich von einer ständig wiederholten Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland würde von der Geldentwertung am schwersten betroffen, parteipolitischen Vorteil verspricht. Gewiß, die Geldwertminderung trifft auch viele Bundesbürger schwer und sie kann nicht ernst genug genommen werden. Aber sie ist ein Vorgang, der andere Staaten viel stärker trifft, so daß die Behauptung, wir hätten eine "hausgemachte Inflation", einfach ins Leere stößt und mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Millionen Bundesbürger als Auslandsurlauber konnten sich von den Fakten überzeugen.

Das Inflationsererede gewisser Unionspolitiker grenzt schon an Verantwortungslosigkeit. Sie wollen Ängste schüren, die Furcht mobilisieren und die gegenwärtige Bundesregierung madig machen. Liegt hier nicht eine Unterschätzung des Urteilsvermögens unserer Bundesbürger vor? Die Bundesrepublik Deutschland als zweitgrößter Handelspartner der Welt kann sich nicht vor dem allgemeinen Prozeß der Geldverminderung fernhalten, aber sie kann, und das hat die Bundesregierung durch die Freigabe des Wechselkurses getan, diesen Prozeß unter Kontrolle halten, ohne daß dabei das Wachstum der Wirtschaft, die Sicherheit der Arbeitsplätze und der Wohlstand des Volkes gefährdet werden.

Bedeutsame Erfolge sind hier aufzuweisen. Dies zu bezweifeln bleibt nur jenen Parteipolitikern vorbehalten, die selbst keine Rezepte aufzuweisen haben, und die ständig nur in Cassandra-Rufe flüchten, statt die Realitäten wahrzunehmen. Ihre Kritik nimmt sich doch recht billig aus, und bewegt sich im substanzlosen Rahmen. Vor dem prüfenden Verstand kann sie nicht bestehen.

(ae/ex/31.8.1971/bgy)

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die sportpolitische Entwicklung Berlins

Durch die Vier-Mächte-Vereinbarung erhält auch die Bindung des Westberliner Sports zum Geltungsbereich des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees erstmals seit 1950 eine rechtlich gesicherte Grundlage. Auch die Vertretung der rund 250.000 Westberliner Sportler im Internationalen Olympischen Komitee und den internationalen Sportföderationen durch die Sportorganisationen der Bundesrepublik - bisher von den osteuropäischen Staaten immer bestritten - wird nunmehr positiv geregelt.

Wir bringen aus diesem Anlaß eine Dokumentation zur sportpolitischen Entwicklung Berlins:

Hannover/ 10. Dezember 1950: Gründung des Deutschen Sportbundes (DSB) als Dachverband der Sportorganisationen der BRD und Westberlin.

Ostberlin/ 22. April 1951: Gründung des Nationalen Olympischen Komitees der DDR.

Oberwesel/ 21./22. September 1952: DSB beschließt die Einstellung des Sportverkehrs zur SEZ wegen "unerträglichen politischen Mißbrauchs und der Sonderbehandlung der Westberliner Sportler".

Berlin/ 12. Dezember 1952: Wiederaufnahme der Sportbeziehungen zwischen dem Deutschen Sportausschuß (DSA), dem Vorgänger des DTSB der DDR, und dem DSB mit der Bestätigung: "Die Westberliner Sportler unterliegen keinen Sonderbestimmungen".

USA/ 6. März 1960: IOC-Präsident Avery Brundage bestätigt die Zugehörigkeit Westberlins zum Geltungsbereich des NOK.

Düsseldorf/ 16. August 1961: DSB und NOK beschließen die Einstellung der Sportbeziehungen zum anderen Teil Deutschlands wegen des anhaltenden Boykotts gegen Westberlin und dessen Sport sowie den Abschärfungsmaßnahmen durch den Mauerbau.

Bonn/ 27. September 1960: Außenminister Dr. Heinrich von Brentano CDU-MdB fordert vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, "doch endlich mit dem gesamtdeutschen Sport Schluß zu machen".

Frankfurt/ 10. September 1961: Der DSB veröffentlicht ein "Weißbuch" zum gesamtdeutschen Sport.

Lausanne/ 22. Oktober 1962: Das IOC erklärt: "Ostberlin ist, wie bereits 1960 durch den IOC-Präsidenten festgestellt, unabhängig von allen politischen Auffassungen in die Sportorganisation der DDR integriert, Westberlin in die der Bundesrepublik Deutschland".

Ostberlin/ 29. Mai 1963: Das NOK der DDR verweigert die Zusammenarbeit mit dem bundesdeutschen NOK, um eine Bewerbung um die XX. Olympischen Spiele 1972 in ganz Berlin zu unterstützen.

Frankfurt/ 12. Juni 1963: Der DSB schlägt dem DTSB die Wiederaufnahme des Sportverkehrs vor, betont, daß die Einbeziehung des Westberliner Sports Voraussetzung sei, und weist auf die Bindungen

zum DSB und NOK hin.

Ostberlin/ 3. Juli 1963: Vom DTSB wird die Einbeziehung Westberlins in den Sportverkehr mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Sportverkehr zwischen der DDR und Westberlin schon immer eine Angelegenheit des DTSB und der Westberliner Sportorganisationen gewesen sei.

Leipzig/ 5. August 1963: DTSB-Präsident Manfred Ewald erklärt beim IV. Deutschen Turn- und Sportfest, daß die Sportorganisationen Westberlins in keiner Weise Glieder der Sportorganisationen Westdeutschlands seien.

Lausanne/ 20. August 1963: Das IOC fällt den Schiedsspruch gegen die Weigerung Ostberlins, die Qualifikations-Wettkämpfe für die gesamtdeutsche Olympiamannschaft in Ost- und Westberlin durchzuführen.

Baden-Baden/ 20. Oktober 1963: Das IOC lehnt den Antrag des sowjetischen NOK-Präsidenten Andrianow ab, ein "drittes" deutsches Nationales Olympisches Komitee für "Westberlin" anzuerkennen.

Berlin/ Dezember 1964: Kontakte zwischen den Sportorganisationen von West- und Ostberlin scheitern, weil sich die DTSB-Zentrale in Ostberlin einschaltet.

Wiesbaden/ 6. Juni 1964: Beim DSB-Bundestag wird beschlossen, den gesamtdeutschen Sportverkehr unter Einbeziehung Westberlins wieder aufzunehmen.

Ostberlin/ 16. November 1964: DDR-Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht spricht sich für ein "Deutsches Sportkomitee" der beiden deutschen Staaten unter Hinzuziehung von Vertretern Westberlins aus.

Madrid/ 8. Oktober 1965: Auf der 63. Session verabschiedet das IOC folgenden Beschluß: "Was den sportlichen Status von Berlin betrifft, so ist das IOC nicht bereit, irgendeine Änderung in Betracht zu ziehen. Der Status ist, daß Westberlin in der Anerkennung von Deutschland und Ostberlin in der von Ost-Deutschland inbegriffen sind".

Berlin/ 13. April 1966: In Anwesenheit von DTSB-Präsident Manfred Ewald und DSB-Präsident Willi Daume findet in Westberlin das Fußball-Rückspiel "Wacker 04" gegen "Energie Cottbus" statt.

Bad Godesberg/ 30. Januar 1969: Herbert Wehner, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen: "Vom Sport her sind meiner Ansicht nach die Probleme, die von der Politik nicht gelöst worden sind und noch nicht gelöst werden können, nicht zu lösen. Wir wollen den Sport nicht mit politischen Auflagen versehen, wir versuchen ihn freizuschaukeln und wollen deutlich machen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn andere Leute ihn mit politischen Auflagen versehen".

Berlin/ 25. Juni 1969: Der Sportvergleichskampf im Gewichtheben wird von der UdSSR abgesagt, weil Westberlin keine Mannschaft der "sowjetischen Republiken" empfangen will.

Halle/ 2. Juli 1970: Gespräch zwischen dem DTSB und DSB.

Moskau/ Ende Juli 1970: Der SPD-Sportpolitiker Dr. Adolf Müller-Emmert MdB trifft zu Gesprächen mit dem Staatlichen Komitee für Körperkultur und Sport in Moskau ein; Gesprächsgegenstand u.a.: Bindungen des Westberliner Sports zum DSB und NOK.

München/ 20. November 1970: Gespräch zwischen dem DSB und DTSB

mit dem Ergebnis, daß DTSB-Präsident Manfred Ewald den DDR-Sportfachverbänden "empfehlen" will, den Sportverkehr wieder aufzunehmen.

Bonn/ 25. November 1970: MdB Dr. Müller-Emmert im "SPD-Pressedienst": "Nicht zuletzt an der Westberlin-Frage wird sich also entscheiden, wie ernst es der Ostberliner Sportführung mit einer befriedigenden Lösung der Sportbeziehungen in Deutschland ist. Zudem dürfte eine Vier-Mächte-Regelung über Berlin - unter Akzeptierung der gewachsenen Bindungen Westberlins zur Bundesrepublik - auch für die Sportbeziehungen eine sichere Basis bringen, die den Sport von einer weiteren politischen Bürde befreien würde".

Moskau/ 10. Dezember 1970: SPD-MdB Friedel Schirmer trifft zu Sportgesprächen in der UdSSR ein; Gesprächsgegenstand u.a. die Berlinfrage.

Berlin/ 1. Januar 1971: Der Polnische Handballverband zieht seine Zusage zum traditionellen Neujahrsturnier im Berliner Sportpalast zurück.

Frankfurt/ 13. Januar 1971: Die Sportfachverbände der Bundesrepublik betonen die Zugehörigkeit des Westberliner Sports zum DSB und NOK und wollen bei Visaverweigerungen für Westberliner in Mannschaften der BRD auf die Sportbegegnungen verzichten.

Moskau/ Februar 1971: Willi Daume, Präsident des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele 1972, trifft zu Gesprächen in Moskau ein.

Bonn/ Februar 1971: CDU-MdB Dr. Konrad Kraske, Vorsitzender des Bundestags-Sportausschusses: "An der rechts- und regelwidrigen Diskriminierung des Westberliner Sports sind ja leider nicht nur Ulbrichts Leute, sondern auch die Sowjetunion selbst und andere Staaten des Warschauer Pakts beteiligt, und ich frage mich, wo hier der vielbeschworene 'Geist des Vertrages' bleibt".

Berlin/ 23. April 1971: Die UdSSR verweigert zwei Berliner Schützen die Einreisevisa in der Mannschaft des Deutschen Schützenbundes für Wettkämpfe in der UdSSR, die deshalb ausfallen.

Moskau/ 11. bis 18. Mai 1971: Eine Delegation des DSB reist zu Gesprächen mit dem Staatlichen Komitee für Körperkultur und Sport in die UdSSR; es bleibt bei den gegensätzlichen Standpunkten in der Berlinfrage.

Berlin/ 21. Mai 1971: Gemeinsame Erklärung des LSB-Berlin und des Senators für Familie, Jugend und Sport: "Hinzuziehung des LSB-Berlin bei Verhandlungen mit osteuropäischen Institutionen und dem DTSB der DDR".

Moskau/ 15. Juli 1971: Willi Daume, Präsident des Olympischen Organisations-Komitees, erklärt, daß nach seiner Meinung die Sportprobleme um Berlin allein mit sportlichen Mitteln nicht zu lösen seien; vielmehr müßte eine Regelung bei den Vier-Mächte-Beratungen gefunden werden.

Bonn/ 16. August 1971: Sergej Pawlow, sowjetischer Sportminister, stellt eine neue "gute Lösung" für den Sport in der Berlinfrage in Aussicht.

Berlin/ 23. August 1971: Die Botschafter der Vier Mächte einigen sich auf ein Rahmenabkommen in der Berlinfrage.

Bonn/ 27. August 1971: Die SPD-MdB Friedel Schirmer und Dr. Adolf Müller-Emmert appellieren an den sowjetischen Sportminister Sergej Pawlow und an Sowjetbotschafter Valentin Falin, den vereinbarten Leichtathletik Länderkampf UdSSR gegen die Bundesrepublik am 18./19. September in Kiew bereits auf der Basis der neuen Berlinvereinbarungen (Visa für Westberliner Sportler in den DLV-Mannschaft) zu ermöglichen.

Ernst Dieter Schwickler
(-/ex/31.8.1971/ks)